

Jetzt erst recht

CSDs in Bremen und ROW lassen sich nicht einschüchtern



Foto: Adalbert

Landkreis/Bremen (red). Nach dem Anschlag auf den Christopher Street Day in Berlin reagieren Trans*Net OHZ sowie die CSDs in Bremen und Rotenburg mit Trauer, Solidarität und politischen Forderungen.

„Das ist nicht nur ein Anschlag auf die LSBTIQA+-Community, sondern auf alle Menschen in unserem Land, die sich zu den friedlichen Feiern eines CSDs einfinden und die für Freiheit und Vielfalt einstehen.“ Mit diesen Worten reagiert Trans*Net OHZ auf den Anschlag auf den Berliner Christopher Street Day am Samstag, 25. Juli. Das Netzwerk für trans* Menschen im Landkreis Osterholz verurteilt die Tat. Die Gedanken seien bei der getöteten Frau, ihren Angehörigen sowie den verletzten und traumatisierten Menschen. Der Angriff habe elementare Grundrechte getroffen: die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Leben. Ähnlich reagiert der CSD Bremen. Dessen Erklärung gilt auch für den Christopher Street Day in Rotenburg (Wümme), den der CSD Bremen + Bremerhaven Förderverein mitträgt. Der Anschlag erfülle die Verantwortlichen mit tiefer Trauer. Ein solcher Angriff richte sich nicht nur gegen einzelne Menschen, „sondern gegen das Recht aller, frei, sicher und sichtbar leben zu können“. Angst und Einschüchterung dürften nicht das letzte Wort haben. „Wir lassen uns nicht einschüchtern. Im Gegenteil: Gerade jetzt ist es wichtiger denn je, gemeinsam für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte einzustehen.“ Deshalb gelte: „Jetzt erst recht.“

CSDs FINDEN WIE GEPLANT STATT

In Bremen beginnt der Demonstrationsszug am Sonnabend, 22. August, um 12 Uhr am Altenwall. Unter dem Motto „Generationen voller Pride – glücklich – sichtbar – stark“ werden bis zu 30.000 Teilnehmende erwartet. Mehr Gruppen, Vereine und Initiativen als im Vorjahr hätten sich angemeldet. Nach dem Anschlag erfahre der CSD zusätzliche Aufmerksamkeit und Solidarität. Die Menschen zögen sich nicht zurück, sondern würden aktiv. Eine Woche später, am Sonnabend, 29. August, folgt der CSD in Rotenburg. Er beginnt um 15 Uhr auf dem Pferdemarkt. Nach der Premiere im vergangenen Jahr soll erneut ein sichtbares Zeichen für Vielfalt, Akzeptanz und queere Rechte gesetzt werden. Auch dort gilt: Die Veranstaltung findet statt – nicht leiser, sondern umso entschlossener. In Bremen bleibt die Route unverändert und führt vom Altenwall durch die Innenstadt zurück zum Ausgangsbereich. Anschließend findet am Goetheplatz und Am Wall eine öffentliche Kundgebung unter dem Motto „Gemeinsam für Respekt und Akzeptanz“ statt. Geplant sind Redebeiträge, Musik und Kultur bis in die späten Abendstunden. Zwischen 12 und etwa 16 Uhr ist mit erheblichen Verkehrsbehinderungen zu rechnen. Voraussichtlich ruht der Straßenbahnverkehr in der Innenstadt von etwa 11 bis 18 Uhr; Busse sollen umgeleitet werden. Das Motto soll zeigen, dass queeres Leben alle Generationen umfasst. Menschen müssten unabhängig von Alter, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sicher, sichtbar und selbstbestimmt leben können.

Demokratie sowie Diskriminierungs- und Minderheitenschutz seien nicht allein Aufgaben staatlicher Institutionen. Jeder Mensch trage Verantwortung dafür, dass Vielfalt, Respekt und Menschenwürde im Alltag gelebt würden.

WARNUNG VOR KÜRZUNGEN

Trans*Net OHZ fordert in seinem Statement, Programme wie „Demokratie leben!“ nicht zu kürzen oder zu streichen. Der Staat müsse Minderheiten nicht nur tolerieren, sondern schützen und aktiv fördern. Geplante Kürzungen setzten besonders LSBTIQA+-Projekte unter Druck. Die Bundesregierung hat zum Beispiel den Aktionsplan „Queer Leben“ nicht verlängert. Familienministerin Karin Prien hat in dem Zuge mitgeteilt, dass Vielfalt allein als Förderziel nicht ausreiche.

Das Netzwerk aus OHZ weist darauf, dass es sich 2016 infolge des Bundesprogramms „Demokratie fördern – gegen Homo-, Trans- und Interförmlichkeit“ gegründet habe. Direkte Mittel habe Trans*Net nicht erhalten. Es habe aber den Rücken gestärkt und die Community aktiver und sichtbar. In diesem Jahr besteht Trans*Net OHZ seit zehn Jahren. Seit 2016 hat die Gruppe nach eigenen Angaben rund 250 trans* Personen beraten und beim Coming-out begleitet. Menschen, die sich jahrelang versteckt hätten, hätten dadurch Mut gefunden, so zu leben, wie sie es sich immer vorgestellt hätten. „Daran kann nichts verkehrt sein“, erklärt das Netzwerk in Richtung Familienministerin. Gerade jungen Menschen müssten gemeinsame Rechte und Werte vermittelt und vorgelebt werden. Angesichts

eines zunehmenden Rechtsdrucks sei es Aufgabe aller, diese zu verteidigen. Aber: „Antworten wir nicht mit Hass auf den Hass, der zu solchen schrecklichen Taten führt“, appelliert Trans*Net OHZ. Zugleich dürften queere Menschen sich ihr Leben und ihre demokratischen Werte nicht verbieten lassen. Offen bleibe die Frage, warum der Anschlag nicht verhindert werden konnte. Darauf müsse die Politik Antworten geben.

KONKRETE FORDERUNGSKATALOG

Auch die CSD-Organisationen verlangen politische Konsequenzen. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität sollen in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen werden. Gefordert werden ein stärkerer Schutz vor queerfeindlicher Gewalt und Hasskriminalität, eine bessere Erfassung und Strafverfolgung solcher Taten sowie verpflichtende Sensibilisierungen für Polizei und Justiz. Hinzu kommen eine dauerhafte Finanzierung queerer Vereine, Beratungsstellen und Community-Projekte, mehr barrierefreie Infrastruktur einschließlich Unisex-Toiletten sowie mehr Treffpunkte für queere Seniorinnen und Senioren. Der Katalog umfasst außerdem einen besseren Schutz queerer Kinder, Jugendlicher und Familien vor Mobbing, eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung und weniger bürokratische Hürden bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen. Der Anschlag soll die CSDs in Bremen und Rotenburg nicht kleiner machen. Ihre Antwort lautet: sichtbar bleiben, zusammenstehen – und jetzt erst recht laut werden.